

Stellungnahme

der Arbeitsgemeinschaft der Ausländerbeiräte Bayerns (AGABY) zum Beschluss des Bundestages über die Beibehaltung des Optionszwangs im deutschen Staatsangehörigkeitsrecht

Weg mit dem Optionszwang! Für die Doppelte Staatsbürgerschaft!

Von Mitra Sharifi Neystanak, Vorsitzende der AGABY

Kinder, die in diesem Land geboren sind, die als Deutsche hier aufgewachsen sind, müssen sich nach dem Beschluss des Bundestages über die Beibehaltung des Optionszwangs nun mit ihrer Volljährigkeit für oder gegen die deutsche Staatsangehörigkeit beziehungsweise die ihrer Eltern entscheiden. Und zwar ungerechterweise nicht alle: Kinder aus binationalen Ehen können zwei Staatsangehörigkeiten haben. Auch Kinder, deren Eltern aus der EU stammen, können Doppelstaater bleiben.

Die Chance zur Abschaffung des Optionszwangs, der von Anfang an als ein sowohl rechtlich und praktisch fragwürdiges als auch integrationspolitisch problematisches Verfahren galt, ist vertan worden. Wir gehen aber davon aus, dass das nicht das letzte Wort war. Dieses Gesetz kann so nicht bleiben. Das ist absurd.

Nachdem am 2. Juli 2009 ein entsprechender Gesetzesentwurf der Grünen mit den Stimmen von Union, SPD und FDP abgelehnt wurde, verlangt nun die SPD die allgemeine Hinnahme der Mehrstaatlichkeit im Einbürgerungsrecht. Eine angesichts des letzten Abstimmungsverhaltens der SPD paradox wirkende aber durchaus richtige Forderung, die wir seit Jahren stellen. Die Entwicklungen der letzten Jahren, insbesondere die Entscheidung, dass EU-Bürger/innen seit Juli 2007 generell Doppelstaater werden bzw. bleiben dürfen, haben dazu geführt, dass fast die Hälfte der Einbürgerungen längst unter Hinnahme der Mehrstaatlichkeit vorgenommen wird. Und wieder wird dadurch ein Teil der Migranten und Migrantinnen schlechter gestellt. Es ist nicht nur eine eklatante Ungleichbehandlung, sondern auch integrationspolitischer Unsinn. Denn die Möglichkeit der doppelten Staatsbürgerschaft würde viele Migranten motivieren, einen Einbürgerungsantrag zu stellen. Damit könnten die gesunkenen und stagnierenden Einbürgerungszahlen wieder verbessert und ein wichtiger Schritt zur rechtlichen Gleichstellung von Migranten getan werden.

Die Ausländerbeiräte Bayerns verlangen deshalb die Abschaffung des Optionszwangs, die weitere Vereinfachung des Einbürgerungsrechts und die generelle Zulassung der Mehrstaatlichkeit.

Nürnberg, 6. Juli 2009

Kontakt:

Mitra Sharifi

Vorsitzende der AGABY

Tel.: 0171 / 4175862

AGABY unterstützt den Aufruf des Interkulturellen Rats Deutschland e.V. „Sie gehören zu uns! Wider den Optionszwang für Kinder unserer Landes“, der auf der Internetseite www.wider-den-optionszwang.de online unterzeichnet werden kann.